

Stv. D. Grütz erläutert den Antrag. Bisher könne die Grundschule Wiedenest nicht allen Kindern einen Platz anbieten. Im Zuge des geplanten Neubaugebiets Wiedenest-Süd sei Zuzug von Familien mit kleinen Kindern zu erwarten, so dass voraussichtlich der Bedarf nach einem ortsnahe Beschulungsangebot ansteigen würde.

Auch würden die bisher für die Offene Ganztagschule genutzten Räumlichkeiten dem steigenden Bedarf kaum gerecht werden.

Schulleiter Greven führt aus, die Grundschule Wiedenest könnte schon jahrelang dreizügig sein. Würde das Neubaugebiet kommen, müssten nach dem heutigen Stand auch teilweise Kinder aus Wiedenest-Pernze abgelehnt werden. Die räumliche Situation sei gleich schlecht. Für acht Klassen stünden acht Klassenräume zur Verfügung. Die Lehrküche sei entfernt und dafür ein Förderraum errichtet worden. Die 8-13 Uhr Betreuung fände bei schlechtem Wetter zum Teil auf dem Flur statt. Die Sonderpädagogin hätte in der Schule keinen eigenen Raum. Im Lehrerzimmer hätten nicht alle Lehrkräfte einen eigenen Platz und auch keine Möglichkeit, Wertgegenstände einzuschließen. Der Zustand sei nicht länger haltbar. Auf die erfolgten Zuleitungen der Gefährdungsbeurteilungen an den Schulträger seien keine Rückmeldungen durch den zuständigen Fachbereich 4 erfolgt.

Auf Nachfrage des Stv. Schulte teilt StVRin Adolfs mit, dass in Gesprächen mit dem Bürgermeister bereits grobe Überlegungen angestellt worden seien. Ein städtisches Grundstück in der Nähe der Schule stünde zur Verfügung. Im Jahr 2024 solle in die Planung eingestiegen werden, der Bau sei für das Jahr 2025 bis Sommer 2026 vorgesehen. Deshalb seien die Planungs- und Baukosten nicht in den Haushaltsplan 2023 aufgenommen worden.

StK Knabe ergänzt, nach dem heutigen Stand lägen keine konkreten Zahlen vor, die im Haushalt eingestellt werden könnten.

Auf den Hinweis von Stv. Schulte, die im Antrag der SPD geforderte Dreizügigkeit solle der Planung nach tatsächlichen Zahlen überlassen und könne nicht vorweggenommen werden, entgegnet Stv. D. Grütz, dass der Antrag auf das Ermöglichen, also das Mitbedenken, ziele. Die Planung solle in 2023 beginnen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Schulte über folgenden **Beschluss**, ohne die Festlegung der im Antrag der SPD gewünschten Dreizügigkeit, abstimmen: